VORWÄRTS

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

Nr.14 1986 Preis 6.-

Solidaritätspreis 10.-

Sozialistische Linkspartei / SLP
Österreichische Sektion des CWI/KAI
Kaiserstraße 14/11; A-1070Wien
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11
E-Mail slp@gmx.at

SPÖ sozialistisch erneuern!

Nach den Wahlniederlagen der letzten Jahre scheint es, als befände sich die SPÖ im hundertsten Jahr ihres Bestehens wieder im Aufwind. Die Tatsache, daß sie laut Meinungsumfragen den Abstand zur ÖVP gewaltig vergrößern konnte, mag für viele Anlaß zur Freude sein.

Jedoch verschleiert sie die traurige Wahrheit, daß wir diesen Aufschwung eher der absoluten Unfähigkeit und Dummheit des bürgerlich-konservativen Lagers zu verdanken haben als unseren Parteigranden. Franz Vranitzky gilt als der Mann, der den Karren SPÖ aus dem Sumpf gezogen hat. Als solcher wird er verehrt, geachtet und nun zum Leidwesen vieler an der SPÖ-Basis zum Parteivorsitzenden gemacht.

Hier stellt sich die Frage, wie er dieses Kunststück zuwege gebracht hat. Betrachtet man seine Aussagen und Taten als Bundeskanzler, ist die Antwort nicht schwer zu finden:

Unter seiner Federführung findet erstmals unter einem sozialistischen Regierungschef eine offene Umverteilung von unten nach oben statt (die Steuerreform). Der Bundeskanzler und "sein Team" sind eine treibende Kraft bei der Verschleuderung verstaatlichter Betriebe. Franz Vranitzky ist auch der erste sozialistische Regierungschef, der Massenentlassungen in der Verstaatlichten ohne Widerspruch hinnimmt, ja befürwortet!

Vranitzky spannt vor den Karren SPÖ die Pferde des konservativen Lagers und gewinnt damit mehr Stimmen von der führungsschwachen ÖVP, als er im eigenen Lager verliert. Kein Wunder, für uns demokratische Sozialisten gibt es keine Alternative zur SPÖ!

Partei der Zukunft?

Ein konservativer Journalist schrieb im Kurier anerkennend, Franz Vranitzky hätte endlich Schluß mit der alten Arbeiterpartei gemacht und sich einem mittelständischen Pragmatismus zugewandt. Er hat leider recht!

Viele haben zwar die wirklichen Ursachen seines derzeitigen Erfolges noch nicht erfaßt, aber der Widerstand wächst, und Vranitzky und sein Team wissen das. Damit ist für ihn auch klar, wie er den Entscheidungsprozeß innerhalb der Partei gestalten muß. Eine Diskussion an der Basis kann er sich nicht leisten.

Vranitzky sagt, was Sache ist, seine Sektretäre, Parteisprecher und AZ-Kolumnisten erklären seine Meinung der Partei "seine" Minister führen seinen Willen aus.

Vor der Basis, die zu entscheidenden Themen überhaupt nicht gefragt wird, rechtfertigt sich die Parteiführung damit, daß es angesichts der Übermacht der bürgerlichen Medien leider nötig sei, schnelle Entscheidungen ohne Diskussion zu fällen.

INHALT

WBB 3
Frankreich '68 4
Mitterand 6
Ruhrgebiet 7
Nordirland 8
Adabei 12
WAZ 12
1. Mai 13
SJ 14
Privatisierung 14
Arbeitsamt 15
Gewerkschaft 16

Am 11. Mai soll Franz Vranitzky Fred Sinowatz als Parteivorsitzender nachfolgen. Zugegeben, wir weinen Sinowatz keine Träne nach, aber mit dem neuen Vorsitzenden wird die Diktatur der Spitzenfunktionäre über die Basis gefestigt. Eine Umfrage unter 400 Österreichern sollte einen demokratischen Entscheidungs- und Diskussionsprozeß in der SPÖ ersetzen.

Wenn wir uns nicht schnell zur Wehr setzen und diese Entwicklung und die Politik der Parteispitze widerspruchslos hinnehmen, werden wir sehr schnell noch viel tiefer in dem Sumpf landen, aus dem uns Vranitzky angeblich gerade herauszieht: Dann nämlich, wenn sich der bürgerliche Regierungspartner politisch und ideologisch neu formiert und jene windigen Protestwähler, die Vranitzky durch seine rechte Politik gerade ködert, zurückgewinnt. Spätestens jetzt ist es an der Zeit, an der Basis einen Diskussions- und Meinungsbildungsprozeß in Gang zu setzen, den man in den Medien und den Parteigremien nicht mehr ignorieren kann.

Wir müssen die Politik unseres neuen Parteivorsitzenden da scharf kritisieren, wo sie gegen sozialistische Grunsätze verstößt und sich gegen die Lohnabhängigen richtet. Unterwirft er sich diesem Meinungsbildungsprozeß nicht, muß er zurücktreten.

Die Geschichte der westlichen Sozialdemokratien zeigt deutlich: Bürgerliche Politik einer Arbeiterpartei endet immer mit einer Niederlage (siehe BRD), aber mit einem klaren sozialistischen Programm ist auch in Österreich eine absolute Mehrheit möglich! So könnten wir auch im hundertsten Jahr des Bestehens unserer Partei stolz sein, ihr anzugehören.

Michi Hollunder, SJ 5

EDITORIAL

Die Politik der Bundesregierung, undemokratischer Obmannwechsel und auch die Landsekonferenz der SJ-Wien haben wieder einmal gezeigt wie notwendig die Errichtung eines linken Massenflügels innerhalb von SJ und SPÖ ist. Helft mit, einen solchen aufzubauen, arbeitet mit in SPÖ und ÖGB!

Um uns die Arbeit beim Lay-Out unserer Zeitung zu erleichtern, brauchen wir ein Überschriftensetzgerät. Da wir von der Partei keinerlei Unterstützung erhalten, sind wir auf Eure Spenden angewiesen.

EURE REDAKTION

SPÖ WIEN: PARTEIBASIS ÜBERGANGEN

Die Situation in der Bundespartei spiegelt sich auch in der wiener Landesorganisation wider.

Leopold Gratz hatte noch vor wenigen Wochen beteuert, er wolle bleiben. Durch seine Freundschaft mit Udo Proksch war er immer mehr ins Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik geraten und trat nun schwer angeschlagen zurück.

Ohne vorherige Diskussion wurde Finanzstadtrat Hans Mayr, treuer Gefolgsmann Vranitzkys, zum neuen wiener Parteivorsitzenden designiert. Auf die Frage eines ORF-Journalisten, ob sich dei SPÖ-Basis nicht um eine demokratische Entscheidung geprellt fühle, antwortete Mayr unverfroren, eine solche Vorgangsweise sei eben ein "Zeichen der Zeit".

Mit nur 77% wurde Mayr am wiener Landesparteitag gewählt und gab kurz darauf einige Erklärungen ab, die klare Rückschlüsse auf seine zukünftige Politik zulassen. So meinte er, er sei nicht für eine generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden, man müsse unterscheiden zwischen persönlichkeitstötender Arbeit und Tätigkeiten, die die Persönlichkeit fördern. Spannend wird jedenfalls, wer das entscheiden soll!

Mit solchen Aussagen fällt Mayer der gesamten Gewerkschaftsbewegung in den Rücken, die nach Jahrzehnten der Diskussion nun endlich die 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust fordert. Und das zu einem Zeitpunkt, wo es dem technologischen Fortschritt entsprechend an der Zeit wäre, auf eine 30-Stunden-Woche hinzuarbeiten.

Mit solchen Aussagen dürfen wir uns nicht abfinden. Der Landesparteivorsitzende muß den Willen der Basis ausführen, niemals umgekehrt!

Es ist an der Zeit, daß alle Mitglieder, Sektionen und Bezirksorganisationen nicht in Mutlosigkeit verharren, sondern sich aktiv an Entscheidungen und Diskussionen beteiligen. Nur so wird es möglich sein, den nötigen Druck von unten zu erzeugen, um unsere Parteigranden zu zwingen, den Willen der Basis zu vertreten.

Widrigenfalls müßten wir für ihren Rücktritt sorgen.

Michi Hollunder, SJ 5

VORWÄRTS

Wiener Brückenbau

ARBEITSPLÄTZE IN GEFAHR!

Die rund 400 Arbeiter und Angestellten der Wiener Brückenbau AG in Wien-Favoriten müssen um ihre Arbeitsplätze bangen. Die Löhne und Gehälter wurden bereits mehrmals verspätet ausbezahlt, ab nun werden sie vermutlich ganz ausbleiben. Ein Beispiel, welche Konsequenzen die Privatisierung von verstaatlichten Unternehmen haben kann.

Im Juli 1987 wurde der damalige VÖEST-Tochterbetrieb HEBAG mit 500 Mitarbeitern an den deutschen "Geschäftsmann" Erhard Zieringer buchstäblich verschenkt, obwohl dieser bereits einige Konkurse hinter sich hatte (siehe VORWÄRTS Nr. 12). Vor 5 Jahren waren in der WBB noch über 800 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, mittlerweile ist die Belegschaft auf die Hälfte geschrumpft. Der Betrieb verfügte über hohe Anlagewerte, technisches Know-How und qualifizierte Fachkräfte.

Trotz dieser guten Voraussetzungen machte die Firma aufgrund der allgemeinen Krisensituation und Managementfehlern Verluste. Erhard Zieringer dürfte nie die Absicht gehabt habet, den Betrieb aus den roten Zahlen zu führen oder gar Arbeitsplätze zu erhalten, sondern nur, persönlich durch den Ausverkauf der WBB zu profitieren. Seit der Übernahme des Betriebes schätzt man den Substanzverlust auf 100 Millionen. Die auf dem Betriebsgrundstück lastende Hypothek macht rund 150 Millionen Schilling aus. Um 40 Millionen hat Zieringer Krane und Maschinen verkauft und zurückgeleast. Geschäfte mit der WBB sind derzeit so unsicher, daß die Lieferfirmen ihre Ware nur noch gegen Bar- bzw. Vorauszahlung hergeben. Die Auslastung des Betriebes beträgt nur noch 50%.

Zieringer reduzierte die Verkaufsabteilung von 15 auf 2 Leute, was beweist, daß er nie ernsthaft interessiert war, die Erzeugnisse der WBB abzusetzen.

Mit Pleiten kann man offenbar trotzdem gut verdienen. Der Konkurs der Firma Vetco Gray geht ebenfalls auf das Konto des deutschen Geschäftsmannes. Laut Insolvenzstatistik vom 1. Quartal 1988 steht Zieringer mit 389 Millionen Schilling an Verbindlichkeiten für Vetco Gray an erster Stelle. Zusammen mit der WBB machte er ungefähr 1 Milliarde Verlust und vernichtete 800 Arbeitsplätze.

Die Arbeiterkammer kritisiert, Zieringer habe die Vetco Gray und die WBB "ausgeräumt". Seine Familie befindet sich übrigens bereits wieder in der BRD.

Die Beschäftigten können nur noch auf ihre Abfertigungen warten - die rund 61 Millionen wird Zieringer voraussichtlich nicht zahlen können.

Es gibt zwar Interessenten für den Kauf der WBB, die Foit GmbH und die IAEG, doch eine Übernahme des Betriebes kommt erst nach einem Konkurs in Frage. Zieringer hat sich allerdings bisher geweigert, ein Insolvenzverfahren anzustrengen.

SPÖ-Landesvorsitzender und Finanzstadtrat Mayr, der den Firmenkauf durch Zieringer befürwortet hatte, meint nun, daß Aufträge durch die Gemeinde Wien für die WBB erst nach einem Ausscheiden Zieringers vergeben werden.

Die Belegschaft sieht also einer ungewissen Zukunft entgegen. Selbst wenn der Betrieb weiterverkauft wird, wird nur ein Teil der Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Es wäre Aufgabe des ÖGB, entschieden dagegen aufzutreten, daß private Unternehmer Betriebe zugrunderichten, um sich persönlich zu bereichern. Nicht immer führt die Privatisierung verstaatlichter Unternehmen zu Konkursen, aber die Privatisierung bringt immer Nachteile wie Kündigungen und Rationalisierung für die Beschäftigten. Weder die Gewerkschafts- noch die SPÖ-Führung treten entschlossen für die Verstaatlichte und gegen das private Spekulantentum ein.

Andrea Koch, SJ 10

FRANKREICH 1968 – die verpaßte Revolution

In diesem Mai 1988 sind es genau 20 Jahre seit der größten Streikbewegung der französischen Geschichte. Damals waren die "Mai-Ereignisse" Schlagzeilen der Weltpresse.

Die ungeheure Kampfbereitschaft der französischen Arbeiter hielt die Welt in Atem. Auf dem Höhepunkt der Bewegung besetzten 11 Millionen Arbeiter und Angestellte (bei einer Gesamtzahl von 15 Millionen, von denen nur 2,3 Millionen gewerkschaftlich organisiert waren) die Betriebe. Nicht nur fast alle Industriebetriebe, auch Theater, Bauernhöfe, Banken, Bahnhöfe, Schulen, Universitäten, Hotels, Kaufhäuser, Regierungsdienststellen und Schiffe wurden weitgehend lahmgelegt oder übernommen. Überall bildeten sich Arbeiter-, Bauern- und Studentenkomitees. Fernseh- und Rundfunksender befanden sich unter Kontrolle der dort Beschäftigten. Armee, Marine und Polizei wurden als total unzuverlässig bezeichnet. Die staatlichen Machtorgane des Kapitals waren blockiert, Staatspräsident de Gaulle verschwand unauffindbar. Wie schon im Jahre 1936 hätte die Arbeiterklasse in dieser Situation auf vollkommen friedliche Weise die Macht erobern können. Doch nur wenige Wochen später war das Regime wieder fest im Sattel.

Beginn der Kämpfe

Am 1. Mai demonstrierten Hunderttausende unter der Parole "10 Jahre sind genug!" und forderten den Rücktritt de Gaulles. Infolge dieser allgemeinen Unzufriedenheit veranstalteten die Studenten am folgenden Tag Kundgebungen für verschiedene Anliegen, u.a. die Aufhebung der Geschlechtertrennung in Wohnheimen. Diese Demonstrationen wurden von der Polizei mit brutaler Gewalt zerschlagen. Als am 3. Mai die Universitäten geschlossen wurden, gingen die Studenten zu Tausenden auf die Straße. Die Parolen wurden rasch allgemeiner und politischer, die ersten Straßenschlachten fanden statt.

Arbeiter und Studenten

Die Studentenkämpfe waren nur das auslösende Moment für Proteste in der Arbeiterklasse. Von den ersten Tagen an genossen die Studenten die Unterstützung von mehr als 80 Prozent der Pariser Bevölkerung bei Barrikaden- und Straßenkämpfen. Als am 6. Mai eine friedliche Demonstration von den CRS-Spezialeinheiten der Polizei hinterhältig angegriffen wurde, öffnete die Bevölkerung von Paris die Haustüren, um die Flüchtenden vor CRS-Gewehrkolben und Polizei-Gummiknüppel in Schutz zu nehmen. Um die Wirkungen des massiv eingesetzten Tränengases zu lindern, wurde eimerweise Wasser aus den Fenstern auf die Straßen gegossen.

Die Brutalität der CRS erregte die Empörung der Arbeiter, insbesondere nachdem die Belegschaft der ORTF (Radio und Fernsehanstalt) darauf bestanden hatte, daß darüber im Fernsehen berichtet wurde. Besonders jüngere Arbeiter erblickten in den Studentenkämpfen eine Alternative und schöpften Mut aus der Tatsache, daß diese offensichtlich Risse in der gaullistischen Eintönigkeit zeigten. Bald traten sie selbst in den Streik - bei Sud Aviation (Flugzeugfabrik) gegen Entlassungen, bei der Post für höhere Löhne.

Der Druck auf die Massenorganisationen der Arbeiterklasse wuchs. So riefen schließlich die Führungen von CFDT (ehemaliger katholischer Gewerkschaftsbund) und CGT (größter Gewerkschaftsbund, mit kommunistischer Mehrheit) für Montag, den 13. Mai einen 24stündigen Generalstreik aus. Er war als Druckmittel gegen die Regierung gedacht, und gleichzeitig als Sicherheitsventil, um den in der Arbeiterklasse aufgestauten Druck abzulassen. Es gelang aber nicht, die Bewegung durch diese begrenzte Aktion zu bremsen. Im Gegenteil: die massiven Arbeitsniederlegungen - 1 Million allein in Paris! - ermutigten die Arbeiter nur noch mehr.

Am nächsten Tag kehrten die Arbeiter von Sud Aviation nur in ihre Fabrik bei Nantes zurück, um sie zu übernehmen, den Direktor einzusperren und an alle Arbeiter zu appellieren, sie zu unterstützen und ihrem Beispiel zu folgen!

LÖRWÄRTS

Besetzungen und Räte

In den folgenden Tagen verbreitete sich diese Welle von Besetzungen ohne jegliche Unterstützung durch die Gewerkschaften oder die Kommunistische Partei wie ein Lauffeuer und gipfelte in der totalen Lahmlegung der Wirtschaft am Ende der 3. Woche. Gegen den ausdrücklichen Willen der Führung der Kommunistischen Partei (damals einzige Massenpartei der Arbeiterklasse) wurden gleichzeitig auf allen Ebenen Aktionskommitees gebildet, Arbeiterkomitees in den Fabriken, Komitees von Ärzten, Krankenschwestern und Patienten in Krankenhäusern, von Bauern in Lagerhäusern und auf den Höfen, von Studenten und Schülern auf Universitäten und Schulen.

Ein Arbeiter-, Studenten- und Bauernrat regierte buchstäblich ganz Loire-Atlantique um die Stadt Nantes!

Er kontrollierte den Verkehr, die Versorgung mit Wasser, Elektrizität, Gas und Lebensmitteln, Landarbeitergewerkschaften erklärten sich bereit, die Streikenden zu ernähren, Arbeiter und Studenten halfen bei der Nahrungsmittelproduktion, die Preise wurden drastisch gesenkt.

Jeder Winkel der französischen Gesellschaft wurde von dem Aufruhr erreicht und angesteckt: die juristische Fakultät "lehnte die Gesellschaft ab", sogar die Totengräber und Meteorologen streikten.

Die Polizeigewerkschaft sprach von einer "äußerst gefährlichen Situation", weil viele ihrer Mitglieder mit den Forderungen der Arbeiter sympathisierten und selbst mit Streikaktionen drohten.

Staat machtlos

Der Staatsapparat hing in der Luft und befand sich in Auflösung, Regierungsbeamte diskutierten allen Ernstes, wie und in welcher Form sie die Macht übergeben sollten!

De Gaulle, die Verkörperung des "starken Staates", packte seine Koffer und teilte dem anwesenden US-Botschafter mit: "Das Spiel ist aus!" Er floh aus Paris und wurde von Radioreportern als "vermißt" gemeldet.

Die Macht lag für die Arbeiterklasse in Reichweite. Was jetzt noch fehlte, war eine Verbindung der Komitees auf örtlicher, regionaler und nationaler Ebene und die Bildung einer von diesen Komitees getragenen Arbeiterregierung. Ein solches oberstes nationales Arbeiterkomitee wäre von Anfang an eine demokratische Volksvertretung gewesen. Man hätte durch demokratische Wähl- und Abwählbarkeit aller Funktionen und Bezahlung durchschnittlicher Facharbeiterlöhne an alle Funktionäre und Komiteemitglieder dieses Komitee einer absoluten Kontrolle durch die Basis unterwerfen können. Vereinigt durch eine entschlossene Führung hätte die Arbeiterklasse die gesamten gesellschaftlichen Reichtümer in Besitz nehmen können. Eine solche Regierung hätte schon in den ersten Stunden ihrer Amtszeit alle Großkonzerne und Banken in Staatseigentum überführen, Organe aus den Reihen der organisierten Arbeiter zum Schutz dieser Maßnahmen bilden und somit die Grundlage für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle schaffen können.

Rolle der Arbeiterorganisationen

Doch nichts dergleichen geschah. Während die Massen instinktiv vorwärts drängten, wurden sie zurückgezerrt - von ihren eigenen Führern! Der Führung der Kommunistischen Partei fiel in dieser vorrevolutionären Situation nichts besseres ein, als Neuwahlen zu fordern. Sie sprach sogar offen davon, daß es darauf ankam, "die Bewegung wieder zurück in sichere parlamentarische Bahnen zu lenken".

Auf dem Höhepunkt der revolutionären Streikbewegung bekundeten CGT- und CFDT-Führung ihren Wunsch, mit der Regierung zu verhandeln - mit einer Regierung also, die praktisch nicht mehr bestand, keinerlei Macht mehr besaß und teilweise ins Ausland geflohen war. Die KP bestand darauf, daß der Kampf streng auf Löhne und Arbeitsbedingungen beschränkt sei, auf die "unmittelbaren Forderungen" der 40-Stunden-Woche, eines höheren Mindestlohns und größerer sozialer Sicherheit. Als am 27. Mai Seguy, der Generalsekretär der CGT in den Renault-Werken in Billancourt auftrat, um stolz

WAHLEN IN FRANKREICH:

Absolute für Mitterand erkämpfen!

Keine absolute Mehrheit für einen der insgesamt acht Kandidaten brachten die Präsidentschaftswahlen vom 24. 4.. Der sozialistische Kandidat Mitterand konnte jedoch mit 34% aller Stimmen einen relativen Wahlerfolg für sich verbuchen.

Der konservative Regierungschef Chirac, für den nur 29% der Franzosen votierten wird Mitterands Gegner in der Stichwahl sein. Erschreckend viele, nämlich 14,2% gaben dem Faschisten Le Pen ihre Stimme.

Um diese Stimmen buhlt nun Chirac, dessen Partei auf kommunaler Ebene schon längst mit den Faschisten zusammenarbeitet, um seinen Gegner in letzter Minute zu schlagen. Mitterand versucht wiederum schon seit langem aus dem konservativem und dem liberalen Lager Stimmen zu gewinnen. Viele Arbeiter wenden sich daher in der Folge von den Sozialdemokraten ab. Der KP haben sie wegen ihrer arbeiterfeindlichen Politik schon zuvor den Rücken zugewandt.

Die Folge war,daß manche Arbeiter gar nicht, oder rückständige Teile unter ihnen Le Pen gewählt haben. Es liegt jetzt an Mitterand, diese Enttäuschten wieder zurückzugewinnen. Mit einem Wahlsieg in der Tasche könnte er dann Neuwahlen ausschreiben und mit einem sozialistischen Programm die absolute Mehrheit erreichen!

John Evers, SJ 5

zu verkünden, daß er in 3tägigen Verhandlungen Erhöhungen der Grundlöhne bis zu 80 Prozent und die besten Sozialleistungen seit Kriegsende für die Arbeiterklasse herausgeholt hätte, wurde er ausgepfiffen und seine Rede wiederholt von 30.000 Arbeitern durch die Parole "Gouvernement populaire!" (Volksregierung) unterbrochen.

Die Arbeiter, die erwartet hatten, daß die KPF und die CGT die Führung der revolutionären Bewegung stellen würden, waren verunsichert. Der französischen Arbeiterklasse mangelte es an einer entschlossenen Führung, die den Weg zu Ende gegangen wäre, den die Masse spontan schon eingeschlagen hatte, anstatt zu bremsen. Als sich die KP ganz gegen ihre Aktionen stellte, resignierten sie schließlich. Wohl versuchten sie noch tagelang, sich der offiziellen KPF-Politik entgegenzustellen. Sie zogen instinktiv und spontan in die richtige Richtung, doch es ging über ihre Kräfte, sich mitten im Kampf aus dem Stegreif etwa eine neue Partei zu schaffen.

Umschwung

Mehrere Wochen herrschte in Frankreich eine Situation der Doppelherrschaft - oder, wenn man so will, der Doppelmachtlosigkeit. Ohne eine organisierte Führung, die die Kämpfe koordiniert und ihnen Ziel und Richtung vorgegeben hätte, entglitt der Arbeiterklasse die Macht wieder, die schon zum Greifen nahe war. Wochenlang war die Reaktion wie gelähmt, die "Bollwerke der Ordnung" befanden sich in einem Zustand hochgradiger Zersetzung. Doch die langen Kämpfe erschöpften die Massen, die Haltung ihrer Führung entmutigte sie. Am 30. Mai kehrte de Gaulle nach Paris zurück, da er wieder "Morgenluft" witterte. Er war in Baden-Baden gewesen, um die Unterstützung durch General Massus zu gewährleisten, der an der Spitze der 70.000 Mann starken französischen Rheinarmee stand.

Sofort wurde die Auflösung des Parlaments verkündet und Neuwahlen ausgeschrieben. Eine üble Hetzkampagne folgte, gegen die "Roten", "die Bedrohung durch eine totalitäre Diktatur", usw.! Erst jetzt, nach mehr als 2 Wochen Generalstreik (praktisch ergebnislos), nachdem sich keine der großen Arbeiterorganisationen als fähig erwiesen hatte, schöpften die Kapitalisten wieder genug Mut zum Gegenangriff.

Panzer und Truppen formierten sich um Paris, eine reaktionäre Demonstration zog eine Million Teilnehmer an, auf der Parolen gerufen wurden wie "Der Kommunismus kommt nicht durch", "Cohn-Bendit (ein Studentenführer) nach Dachau", "Erschießt Mitterand". In den folgenden Tagen wurden die Arbeiter durch Truppen wieder aus den Fabriken getrieben, wobei sie nur vereinzelt aktiv Widerstand leisteten. Eine linke Gruppierung wurde verboten, ihre Führer verhaftet und des Landes verwiesen. Demonstrationen durften bis auf weiteres nicht stattfinden.

Geschehen war, was schon Karl Marx vor über 100 Jahren wußte: Ohne konsequente Führung in einer solchen Situation kann die Arbeiterbewegung zurückgeworfen werden und die Reaktion für Jahrzehnte die Oberhand gewinnen. Beim nächsten Mal wird man hoffentlich die Lehren daraus gezogen haben.

John Evers, SJ 5

Ruhrgebiet:

ARBEITERKONTROLLE STATT KÜNDIGUNGEN!

Der Druck, den die bundesdeutsche Rechtsregierung gemeinsam mit den Unternehmern auf die arbeitende Bevölkerung ausübt, hat sich in letzter Zeit entscheidend verschärft. Teile der Post sollen privatisiert werden, Sozialleistungen besonders im Gesundheitswesen werden gekürzt, die Ladenschlußzeiten sollen verlängert werden. Doch an der Spitze dieser Angriffe steht die Vernichtung von zwei ganzen Industriezweigen: Stahl und Kohle. Offiziell heißt es, 70.000 Arbeitsplätze sollen abgebaut werden, doch aus internationalen Erfahrungen (z.B.: GB) weiß man, daß die tatsächliche Zahl 2-3 mal so hoch sein wird. Begonnen soll damit in Rheinhausen/Ruhrgebiet) werden. Die Schließung der Hütten würde für 6300 Kumpels und die ganze Umgebung das "Aus" bedeuten.

Anfang 1987 stellte der Krupp-Vorstand ein Konzept vor, das den Abbau von tausenden Arbeitsplätzen, davon 6300 in Rheinhausen vorsieht und als "Ausgleich" einige Sozialleistungen verspricht. Der Betriebsrat ging auf dieses Konzept ein und löste damit eine Welle der Empörung aus. Als jedoch durchsickerte, daß die Kündigungen nur der Vorgeschmack auf die vollständige Schließung der Grube sein sollten, war der Unmut der Stahlkocher nicht mehr zu bremsen; Streiks und Massenkundgebungen, Fackelzüge und Straßenbesetzungen, bei denen sich Zehntausende beteiligten, waren die Folge.

SPD und DGB

Die SPD und der DGB sind die traditionellen Arbeiterorganisationen in der BRD. Das Ruhrgebiet gehört zum SPD-regierten Nordrhein-Westfalen; der DGB ist mit fast 8 Millionen Mitgliedern die stärkste Arbeiterorganisation Deutschlands. Gemeinsam müßten sie sich an die Spitze des Kampfes stellen und zum Widerstand gegen den Krupp-Konzern und gegen die konservative Regierung mobilisieren. Stattdessen aber geht die SPD auf Distanz zum Streik, erklärt das Festhalten an dieser "überholten" Form der Arbeitskämpfe für sinnlos und will lieber alle (Unternehmer,Gewerkschaft, Landes- und Bundesregierung) an einen Tisch bringen. Die deutsche Bundesregierung stützt die Stahlkonzerne mit 500 Millionen DM, aber trotzdem will Krupp das Werk Rheinhausen stillegen.

Auch die IGM (Industriegewerkschaft Metall) ist nicht fähig - oder will es nicht sein - die Kämpfe gegen Entlassungen und Schließungen national zu koordinieren.

SPD und Gewerkschaften müssen einen sozialistischen Ausweg aus der Krise aufzeigen. Wie in Österreich bezahlen letztendlich die Arbeiter für die kapitalistische Mißwirtschaft. Eine Gesellschaft, die ihren Produktionssektor untergräbt, untergräbt im Grunde sich selbst. Denn der Produktionssektor bestimmt den wahren Wert einer Gesellschaft, er ist die Voraussetzung für alle anderen Wirtschaftsbereiche.

Die Wirtschaft sollte sich nach den Bedürfnissen der Arbeiter richten und nicht nach dem Profit der Unternehmer.

John Evers, SJ 5

Impressum

Eigentümer, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Andrea Koch
Weldengasse 26/1/7 1100 Wien
Druck: A. Riegelnik
Piaristeng. 19 1080 Wien
Erscheinungsort: Wien

Fortsetzung: Irland

ten in Wahlen erreichen können, wenden sich viele Katholiken enttäuscht und verbittert der Sinn Fein - Partei zu. Katholische Jugendliche, die weder Hoffnung auf Arbeitsplätze noch auf die Anerkennung ihrer Rechte haben, werden in die Arme der IRA getrieben. Die sozialen Umstände bringen stets neue Generationen von republikanischen Freiheitskämpfern hervor. Durch ihr brutales Vorgehen gegen Zivilisten verliert die IRA jedoch ständig an aktiver Unterstützung. Um die Sympathie der Katholiken zu gewinnen, wird aber die IRA weiterhin aufsehenerregende Anschläge verüben. Sie ist zwar eine kleine Organisation, dafür aber sehr schlagkräftig. Aus den USA, wo an die 13 Millionen katholischer Iren leben, erhält sie finanzielle Unterstützung. Man vermutet, daß die IRA moderne Waffen wie Raketen von Lybien gekauft hat.

Straßenschlacht

Die britische Regierung rüstet ständig die Besatzungstruppen auf, weil die Armee eine Offensive befürchtet. Die Bombenanschläge der IRA führen daher zu einer noch stärkeren Unterdrückung der Katholiken in Ulster.

ARMUT UND UNTERDRÜCKUNG

Hausdurchsuchungen, Razzien und Verhaftungen gehören zum Alltag in den katholischen Wohnvierteln. Als Menschen "zweiter Klasse" werden die Katholiken auch durch Behörden benachteiligt. Soziales Elend (Arbeitslosigkeit, Hunger) kennzeichnet die Situation in den katholischen Wohngebieten.

Durch die Angst der katholischen Bevölkerung vor Übergriffen durch die Polizei und die Armee, vor Attentaten der protestantischen Extemisten und durch das Fehlen einer politischen Altenative könnte es der IRA gelingen, den Einfluß auf große Teile der Katholiken zu sichern.

Die radikalen protestantischen Unionisten benützen die Besorgnis der protestantischen Bevölkerung, eine Minderheit in einem vereinigten von der katholischen Kirche beherrschten Staat zu werden, um gegen das anglo-irische Abkommen zu mobilisieren und den Haß gegen die Katholiken zu schüren. Da die Wirtschaft Nordirlands seit Jahren darniederliegt, sind auch die protestantischen Arbeiter von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht.

Die britische Regierung stützt die Wirtschaft des künstlichen Staates Nordirland jährlich mit Milliarden Pfund, dazu kommen noch die finanziellen Mittel für das Militär. Die Republik Irland ist das ärmste Land Europas, mit einer Arbeislosenrate von über 20% und einer Inflation von ungefähr 14%. Die EG hält Irland in wirtschaftlicher Abhängigkeit zu Großbritannien als billiger Lieferant landwirtschaftlicher Güter.

Perspektiven

Eine Wiedervereinigung Irlands auf der Basis des Kapitalismus, der die gleichen Leute herrschen läßt wie bisher, ist undenkbar. Die Protestanten Nordirlands würden eine Minderheit in einem katholischen Nordirland sein und nun ihrerseits als Menschen "zweiter Klasse" den Sündenbock für die katastrophalen wirtschaftlichen Zustände spielen müssen. Die radikalen Protestanten würden den Bürgerkrieg über ganz Irland ausbreiten.

Eine völlige Niederschlagung der Katholiken durch die britische Armee ist auch nicht durchführbar. Die britische Regierung würde damit die Unterstützung der USA aufs Spiel setzten, weil die amerikanischen Iren großen Einfluß in Regierungskreisen besitzen. Außerdem würde die Empörung der internationalen Arbeiterbewegung das öffentliche Ansehen Großbritanniens gefährden. Die politischen Folgen für die konservative Regierung sowie für die sozialistische Labour Party wären unabsehbar.

Ein Abzug der britischen Truppen würde ebenfalls zu einer Ausbreitung des Bürgerkriegs führen, weil die IRA dann ihr Ziel der Wiedervereinigung Irlands greifbar nahe sehen würde. Doch die eskalierenden Kämpfe, die militärischen Aktionen der sektiererischen Vereinigungen und der politische Druck der unionistischen Parteien verhindern einen Abzug der britischen Armee. Ein Ende des Bürgerkriegs ist nicht abzusehen. Alle Maßnahmen der Regierung, die stets die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Gesellschaftssystems und die derzeitigen Eigentumsverhältnisse gewährleisten sollen, führen immer wieder zu sektiererischen Unruhen.

Die religiöse Spaltung der irischen Bevölkerung macht die jahrelange beschwerliche Arbeit für die Organisierung katholischer und protestantischer Arbeiter in einer Gewerkschaftsbewegung zunichte. Die Unruhen und Attentate gefährden überhaupt die Exsistenz eines gemeinsamen, nicht konfessionellen Gewerkschaftdachverbandes.

FÜR EINE GEEINTE SOZIALISTISCHE ARBEITERBEWEGUNG!

Es gilt die Trennung der Arbeiterbewegung in Katholiken und Protestanten zu bekämpfen. Die gemäßigten Sozialdemokraten Irlands und Großbritanniens versagen völlig angesichts der sektiererischen Reaktion, weil sie die konfessionelle Spaltung der Bevölkerung akzeptieren. Sozialisten dürfen jedoch diesen Bruderkampf zwischen katholischen und protestantischen Arbeitern nicht hinnehmen. Viele Opfer der terroristischen Anschläge sind Gewerkschafter, die für eine geeinte Gewerkschaft eintreten. Die britische Labour Party hat auf ihrem letzten Kongreß beschlossen, den Aufbau einer starken irischen Arbeiterpartei zu fördern. Doch bis heute hat die Führung der Labour Party und ihr Vorsitzender Kinnock nichts unternommen.

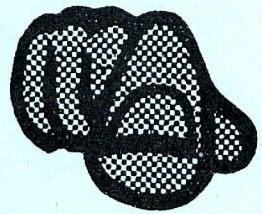
Die Gewerkschaftsführung des Irish Congress of Trade Unions (ICTU) steht den Kämpfen noch immer tatenlos gegenüber. Wie der Streik der Angestellten im Gesundheitswesen beweist, ist die Einigung der Gewerkschaftsbewegung im Kampf um Arbeitsplätze und um Lohnerhöhungen möglich und notwendig. Eine Verbesserung ihrer sozialen Lage werden katholische sowie protestantische Arbeiter nur gemeinsam erreichen. Deshalb ist die Einigung der irischen Arbeiterbewegung die wichtigste Aufgabe.

Die Irische Labour Party hat nur 4% der Wähler in der Republik Irland hinter sich, in Nordirland fehlt überhaupt eine Arbeiterpartei. Daher muß der Gewerkschaftsdachverband ICTU die politische Führung im Kampf gegen den individuellen Terrorismus der IRA und der protestantischen Extremisten übernehmen.

Mitte der 70er Jahre stoppte eine Welle von Streiks und Demonstrationen der Arbeiter die Terrorakte der UDA. Marxisten von verschiedenen Gewerkschaften fordern bereits seit Jahren eine Kampagne der irischen Gewerkschaften und einen Genralstreik gegen den Terrorismus.

Weder eine katholische noch eine protestantische sondern nur eine sozialistische Arbeiterbewegung kann den Kampf für ein wiedervereinigtes sozialistisches Irland als Teil eines sozialistischen Großbritanniens erfolgreich führen. Eine kämpferische Gewerkschaft, die für mehr Lohn, Arbeitsplätze und bessere Lebensbedingungen eintritt, wird die Unterstützung der Arbeiter gewinnen.

Thomas Kerschbaum, SJ 10



EG-Machtdemonstration

Vor einigen Wochen zeigte sich in Frankreich, wie mächtig die EG wirklich ist.

Der durch Managementfehler schwer angeschlagene staatliche Automobilkonzern Renault darf laut EG-Kommission durch Sonderabschreibungen über 12 Milliarden frs und eine Kapitalspritze von weiteren 8 Milliarden unterstützt werden.

Ein vom französischen Fonds für Industriemodernisierung (FIM) gewährleistetes Darlehen sieht die Kommission dagegen als unrechtmäßige Subvention an und fordert die Rückzahlung an den FIM. Eine Bedingung knüpft die EG-Kommission allerdings an die Erlaubnis, Renault nicht zusperren zu müssen:

Das Unternehmen muß noch 1988 privatisiert werden!

Dieses Beispiel zeigt, welche Folgen ein Beitritt Österreichs zur EG hätte. Die Manager der Verstaatlichten würden sehr schnell dafür sorgen, daß Österreichs Wirtschaft endgültig, wie Mock sagt, "ein Teil von Europa" wird. Unsere Verstaatlichte würde nämlich Privatbesitz großer europäischer Banken und Konzerne werden!

Michi Hollunder, SJ 5

***** Spendenaufruf *****

VORWÄRTS unterstützt in Nordirland die Labour & Trade Union Group (Arbeiter - und Gewerkschaftsgruppe). Die L&TUG wurde Mitte der 70er Jahre von der Linken der alten Northern Ireland Labour Party, die heute praktisch nicht mehr existiert, gegründet. Die Gruppe tritt für die Gründung einer sozialistischen Arbeiterpartei ein.

Als Teil dieser Kampagne für eine starke Arbeiterpatei wurden in allen wichtigen Städten Gruppen aufgebaut. Die Labour & Trade Union Group organisiert katholische und protestantische Arbeiter.

Da die Labour & Trade Union Group dringend Geld für Wahlkämpfe und Aktionen braucht, führen wir eine Spendenkampagne durch.

Setzen wir ein Zeichen internationaler Solidarität! Bitte spendet für die Labour & Trade Union Group. Die nordirischen Gewerkschafter riskieren ihr Leben im Kampf für eine sozialistische Partei und brauchen unsere Unterstützung.

Spenden an: VORWÄRTS
PSK- Konto Nr: 1.670.350
oder direkt an die Labour & Trade Union Group, 4 Waring Street, Belfast, BT1 4DB, Northern Ireland.

KEIN ZEITUNGSMONOPOL!

Österreichs Medienlandschaft, die ohnehin nicht sehr bunt war, ist noch etwas einfärbiger geworden. Nach der "Krone" erwarb die deutsche Verlagsgruppe WAZ nun auch eine 45%ige Minderheitsbeteiligung am Kurier-Konzern. Krone und Kurier stellen zusammen 60% der österreichischen Tageszeitungen, außerdem gehören zum Kurier-Konzern die meistgelesenen Wochenmagazine wie Profil oder Basta. Die in Österreich bereits so alarmierende Medienkonzentration ist also noch verschärft worden.

Natürlich wird behauptet, daß sich durch die Übernahme weder an der Situation der Beschäftigten noch an der Meinungsvielfalt etwas ändern wird. Nachdem aber bereits geplant ist, den Druck von Krone und Kurier zusammenzulegen (das heißt, die Hälfte der Drucker muß gehen), kann man dieser Behauptung wohl kaum Glauben schenken. Die WAZ wird versuchen, ihren Einfluß auch politisch zu nützen und sich als Meinungsmacher aufzuspielen.

Der medienpolitische Übermacht der Unternehmer kann nur eine starke, wirtschaftlich unabhängige Arbeiterpresse entgegentreten. Die Arbeiterzeitung, Zentralorgan der SPÖ, sollte eigentlich diese Rolle einer Arbeiterpresse übernehmen. Aber statt sozialistische Standpunkte zu vertreten, versucht die AZ mit einer Änderung des äußeren Erscheinungsbildes die Zahl der Leser zu erhöhen. Die Aufgabe einer sozialistischen Presse sollte es sein, ihre Leser über Bewegungen, Streiks, Kündigungen, etc. zu informieren und somit einen wesentlichen Beitrag am Gelingen von Arbeitskämpfen zu leisten, bzw. sie zu koordinieren.

Andrea Koch SJ 10

ADABEI: Hoheit lassen bitten.

Zum Gedenken an die versäumte Restauration der Monarchie im März 1938 gaben sich der entadelte Otto Habsburg samt seiner siechen Sippschaft und andere blasshäutige Blaublütler ein Stelldichein in den verstaubten Hallen des Stephansdoms.

Eine Hundertschaft an Vasallen, Lemuren und allerlei anderer erbärmlicher Lakaien waren erschienen um seiner zu huldigen. Das ehrwürdige Gemäuer erbebte unter dem Waffengeklirre seiner allzeit bereiten paramilitärischen Schützenkompanien. Die monarchistische Pan-Europa-Bewegung - deren Vorsitzender Otto Habsburg ist - hatte zu diesem Maskenball der Gespenster aus finsterer Vergangenheit geladen - offensichtlich um den Möchtegern-Widerstandskämpfer als potentiellen Nachfolger für den schwer angeschlagenen Bundespräsidenten Waldheim zu präsentieren. "Wenn der Ruf an mich ergeht, habe ich einfach nicht das Recht 'Nein' zu sagen!" lies seine Hoheit die versammelten Kapuzinergrufties und die gespannte Weltöffentlichkeit wissen.

Scheinbar kann er dabei mit der Unterstützung weiter Kreise des Kartellverbandes - sprich der ÖVP - rechnen. Zum Abschluß des überaus feierlichen Hochamts ließ die illustre Gesellschaft zu den Klängen der Orgel die Kaiserhymne erschallen, um sich danach in einem "feierlichen" Umzug zur Musik der Hoch- und Deutschmeister in die Hofburg zu begeben.

Modriger Pesthauch verzog sich nur sehr langsam vom Stephansplatz. Wie man sieht, sind den Fossilien der Monarchie noch immer Türen und Tore der katholischen Kirche geöffnet, die offenbar ihre einstige politische Macht zurückersehnt.
Daher bleibt einem denkenden Menschen nur eine Alternative: Aus der Kirche auszutreten!

Michi Hollunder,
Robert Lacina, SJ 5

1. MAI - Kampftag der Arbeiter

Der 1. Mai hat seinen Ursprung im Jahr 1886 in Amerika, wo 350.000 Arbeiter in mehr als 11.000 Betrieben für die Forderung des 8-Stunden-Tages die Arbeit niederlegten. Das Zentrum des Streiks war Chicago, damals die Stadt mit der größten Zuwandererrate und wachsender Industrie, wo Arbeiter 10-18 Stunden täglich schuften mußten.

Bereits im Jahr 1868 war der 8-Stunden-Tag gesetzlich festgelegt, aber nie realisiert worden. Darum plante die führende Gewerkschaft ("the Knights of Labour") im Jahr 1885 Veranstaltungen und Demonstrationen für den kommenden Mai. Der Slogan der Protestaktion lautete: "8 Stunden arbeiten, 8 Stunden schlafen, 8 Stunden Freizeit".

Am 1. Mai 1886 kam es zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte zu einem Generalstreik, der für 500.000 Arbeiter eine Arbeitszeitverkürzung (bis zum 8-Stunden-Tag) ohne Lohnverlust brachte.

Die Antwort der Arbeitgeber ließ nicht lange auf sich warten. Schon am 3. Mai geleiteten 500 Polizisten nur 300 Streikbrecher bei "International Harvester's" zur Arbeit. Als die Streikposten Widerstand leisteten, eröffneten die Polizisten das Feuer und eine Reihe von Arbeitern wurde getötet. Bei einer daraufhin

organisierten Protestveranstaltung traf die Polizei gegen Ende ein, um die Kundgebung aufzulösen. Eine Bombe wurde geworfen, es wurde nie geklärt von wem, und 7 Polizisten und eine unbekannte Zahl von Arbeitern wurden getötet. Hunderte Gewerkschaftsaktivisten wurden daraufhin verhaftet. Einige waren gar nicht bei der Demonstration, sie hätten die Bombe also nicht werfen können. Aber das Ziel der Prozesse war nicht Gerechtigkeit, sondern die Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung. Als 5 Gewerkschaftsführer hingerichtet wurden, erschien 1/4 der Einwohner Chicagos bei deren Begräbnis.

Internationale Proteste gegen die skandalösen Geschehnisse in Amerika führten 1890 international zu den ersten Maidemonstrationen.

"Und das Schauspiel des heutigen Tages wird den Kapitalisten und Grundherren aller Länder die Augen drüber öffnen, daß heute die Proletarier aller Länder in der Tat vereinigt sind."
(F.Engels, 1. Mai 1890, London)

Doris TYPOLT, SJ 5

SJ - WIEN IN DER KRISE

Schon seit Jahren vermindern ständig geführte Personaldebatten die Schlagkräftigkeit der SJ-Wien erheblich. Dieser Zustand fand seinen vorläufigen Höhepunkt in der Landeskonferenz vom 24.4:

Nur einen einzigen Tagesordnungspunkt hatte diese Konferenz, nämlich Neuwahlen. Die Bezirksorganisationen waren aufgefordert worden, keine inhaltlichen Anträge zu stellen. So schaltete man eine inhaltliche Auseinandersetztung von vornherein aus. Was sich nun in den folgenden 12 Stunden abspielte, war beispiellos in der Geschichte der Wiener Landesorganisation. Die Konferenz endete im Chaos und mußte auf den 1.Mai vertagt werden.

Als der bisherige Landesvorsitzende Wolfgang Gratzer keine Mehrheit für einen Vorstandsplatz fand, drohten mehrere zu seiner Clique gehörende Bezirksdelegationen mit ihrem Auszug.

Dieser Akt stellt nicht nur einen undemokratischen Erpressungsversuch und die Negierung eines Mehrheitsbeschlusses sondern auch eine extreme Schwächung der Landesorganisation dar.

Die Antwort der gegnerischen Gruppen war nicht minder unsozialistisch. Auf Vorschlag des Bundessekretärs Eckhart wurden nach dem Muster der sonst so heftig bekämpften Soialpartnerschaft Verhandlunsteams gebildet. Diese sollten dann, auf höchster Funktionärsebene, hinter verschlossenen Türen den Konflikt bereinigen. Alle anderen Delegiereten waren von einem demokratischen Entscheidungsprozeß ausgeschlossen. Nachdem man auf diese Weise stundenlang um Vorstandsposten gefeilscht hatte, wurde die Konferenz abgebrochen und auf den 1. Mai neu festgesetzt.

Eines ist klar: Eine Landesorganisation in einem solchen Zustand kann Jugendlichen kaum eine sozialistische Alternative aufzeigen, sie werden eher davon abgeschreckt, in unserer Bewegung aktiv zu werden. Wir können uns eine derartige Schwächung unserer Kampfkraft einfach nicht leisten!

Die SJ-Wien muß schlagartig die Personaldebatten beenden und durch inhaltliche ersetzen! Wir dürfen kein Sammelbecken und Sprungbrett für Bürokraten und Karrieristen sein!

John Evers, SJ 5

Ausverkauf

Nach der ÖMV und der AUA sind nun die verstaatlichten Energieversorgungsunternehmen an der Reihe. Der Verbundkonzern, größter Stromerzeuger des Landes, wird nun auf Betreiben von Wirtschaftsminister Graf zu 49% privatisiert.

Ab November soll die Verbundaktie an der Börse notieren. Auch die niederösterreichische EVN wird wahrscheinlich nächstes Jahr teilentstaatlicht.

Börsenfachleute sagen jedoch jetzt schon voraus, daß diese Aktien ihren Kurs nur durch massive Stützungskäufe halten werden können. Bekanntlich wurde auch der Kurs der ÖMV-Anteilscheine statt mit den erwarteten 5000 nur mit 4400 Schilling fixiert. 200.000 zum Verkauf vorgesehene Aktien im Gesamtwert von 800 Millionen erwiesen sich als unverkäuflich und wurden zurückgezogen. Auch ausländische Banken, die Aktienpakete übernommen hatten, senden diese nun unverkauft zurück.

Nur durch massive Stützungskäufe eines Marktregulierungssyndikats kann der Ausgabekurs gehalten werden, bei Ende dieser Unterstützung würde der kurs um 15% in die Tiefe stürzen.

Wie dieses Beispiel deutlich zeigt, funktioniert selbst die Privatisierung gewinnbringender verstaatlichter Unternehmen nicht.

"Mehr Privat - weniger Staat" ist jedenfalls kein Ausweg aus einer kapitalistischen Krise.

Michi Hollunder, SJ 5

"Man behandelt uns [redacted] wie den letzten Dreck!"

Wer arbeitslos ist, muß sich regelmäßig am Arbeitsamt melden, sozusagen um seine Unterstützung bitten. Gerade in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit ist es für viele aussichtslos, einen neuen Job zu finden. Anstatt der ohnehin meist viel zu niedrigen Arbeitslosenunterstützung, Notstands- oder Sozialhilfe sollte jeder automatisch einen Basislohn in der Höhe von 8000.- ÖS bekommen.

VORWÄRTS: Du warst arbeitslos gemeldet, wie ist es dir am Arbeitsamt ergangen?

ROBERT: Ich habe mich Mitte November arbeitslos gemeldet und wollte mich erkundigen, ob eine Stelle als Kraftfahrer frei ist. Ich bin dort wie der letzte Dreck behandelt worden.

V: ?!?

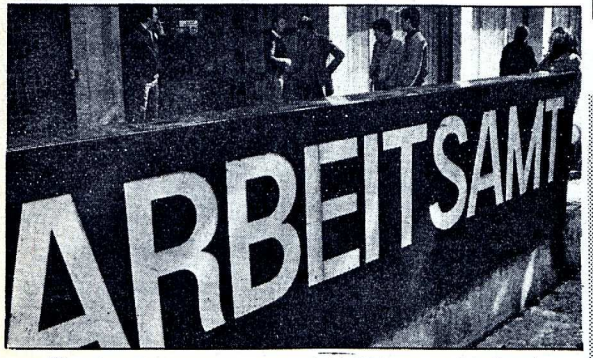
R: Das voherige Arbeitsverhältnis wurde in der Probezeit gelöst, daher kann es ihnen egal sein, aus welchem Grund ich aufgehört habe. Der Beamte ließ aber nicht locker und wollte unbedingt wissen, warum ich schon wieder Arbeit suche. (Wer außerhalb der Probezeit selbst kündigt, bekommt ein Monat keine Arbeitslosenunterstützung, Anm.d.Red.) Ich bin wirklich kein Sozialschmarotzer, ich war in meinem Leben insgesamt nur 2 Wochen arbeitslos gemeldet.

Mitte Jänner einen Termin geben. Als ich ihn fragte, ob es nicht früher möglich wäre, meinte er, daß es für mich sowieso keine Arbeit gibt. Ich sagte ihm dann, daß ich nur ca. 2300 Schilling Arbeitslosenunterstützung bekomme und nicht weiß, wie ich davon leben soll. Daraufhin meinte er, es sei ihm egal, wo ich Geld herbekomme.

V: Aber die Unterstützung, die du bekommen hast, ist ja niedriger als die Sozialhilfe.

R: Richtig. Ich fragte, ob es, falls ich keine Arbeit finde, Möglichkeiten gibt, etwas mehr Geld zu bekommen - zum Beispiel vom Sozialamt. Er sagte aber, daß er sich da auch nicht auskennt. Das wirft für mich die Frage auf, was er überhaupt auf diesem Posten macht.

Ich empfand die Stimmung bei diesem Gespräch ungefähr so:



Die wahren Schmarotzer stehen nicht Schlange am Arbeitsamt

V: Du hast also keine Arbeit bekommen?

R: Der Beamte war sehr feindselig und wollte mir erst wieder für "Ätsch, ich hab' einen Job und du nicht." Ich habe dann bei den Gelegenheitsjobs geschaut und habe Arbeit für einen Monat gefunden.

V: Hattest du den Eindruck, daß die Beamten am Arbeitsamt die Leute einschüchtern wollen?

R: Jedenfalls viele. Ich werde mich ab jetzt eher auf Zeitungsinserate verlassen, da ich mit dem Arbeitsamt sowenig wie möglich zu tun haben möchte.

V: Glaubst du, daß ein solches KLima Leute davon abhalten kann, aufs Arbeitsamt zu gehen?

R: Auf jeden Fall. Ich nehme solche Menschen wie diese Beamten nicht ernst, glaube aber, daß es genug Leute gibt, die in diesen Psychopathen Autoritätspersonen sehen. Leute, die sich gar nicht erst getrauen, nach Arbeit zu fragen oder sich arbeitslos zu melden.

V: Viel Glück den "Sozialschmarotzern"!

[redacted]

CHEMIE HOLDING AG: NEUER PERSONALABBAU?

Nach einer Radikalkur im vergangenen Jahr in deren Laufe 1700 Mitarbeiter entlassen wurden (vor allem in Linz), sollen auch heuer wieder 325 Arbeiter "abgebaut" werden. Mit 900 Betriebspensionisten will man ähnlich wie in der VEW verfahren. Dort hat man bekanntlich die Betriebspensionen der ehemaligen Mitarbeiter durch eine einmalige Abfindung ersetzt.
Protestveranstaltungen und Widerstand gegen die Entlassungen sind bereits angekündigt.

GEWERSCHAFTS-FEHLTRITTE

Die Konsenswut der Gewerkschaftsfunktionäre führt zu immer kurioseren Situationen. So forderte der Betriebsratsobmann der Steyr-Werke Rudolf Pimsl kürzlich eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 42,5 Stunden; und das zum Lohn von 40 Stunden!

So unglaublich das zunächst auch klingen mag, ist es doch nichts weiter als eine der paradoxen "Kompromißgeburten" der Sozialpartnerschaft.

Pimsl antwortete nämlich auf die Ankündigung des Steyr-Vorstandes, den Lohn um 5 % zu kürzen, mit dem Gegenvorschlag, im Hinblick auf die relativ günstige Auftragslage, für den gleichen Lohn länger arbeiten zu lassen. Damit fällt er den Verfechtern der 35-Stundenwoche, denen Sozialminister Dallinger gerade erst seine volle Unterstützung im Hinblick auf das Einführungsdatum 1990 zugesagt hat, direkt in den Rücken.

In derart absurden Handlungen zeigt sich die Schwäche der Gewerkschaftsführung durch ihre konfliktscheue Haltung. Sie wird jetzt ihre Solidarität beweisen müssen, wenn zum Beispiel das Steyrer Wälzlagerwerk, das bis 1986 noch Gewinne erzielte, an einen ausländischen Konkurrenzbetrieb verkauft werden soll, was wiederum eine erneute Kündigungswelle zur Folge hätte.

Hier liegt es am Betriebsrat, diese Ausverkaufspolitik mit allen Mitteln zu bekämpfen, nicht zuletzt, um seine Glaubwürdigkeit wiederzuerlangen.

Der dramatische Mitgliederschwund der SPÖ in den Krisenregionen (rund 3000 Oberösterreicher haben im letzten Jahr ihre Parteibücher zurückgegeben) sollte als ein dringendes Signal verstanden werden.

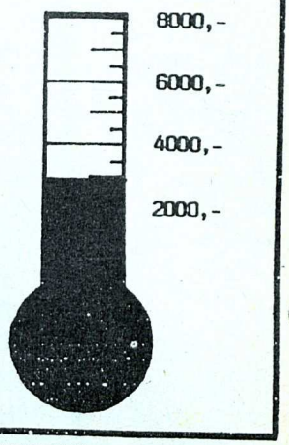
Doch anstatt konkrete politische Aktivitäten zu setzen, legte der Landesvorsitzende Grünner am Landesparteitag der SPÖ Oberösterreich seine ganze Hoffnung in ein "volksnahes" Image (Zitat: "Der Politiker soll wie ein Normalbürger sein.")

Die Arbeiter werden sich auf die Dauer nicht für dumm verkaufen lassen und sich mit derlei Ablenkungsmanövern nicht zufriedengeben.

Robert Lacina, SJ 5

UNSER ZIEL:

Mit Eurer Hilfe 8000,- ÖS bis Juni, um ein Überschriftensetzgerät kaufen zu können.



SPENDET FÜR VORWÄRTS

Das Spendenkonto: PSK 1.670.350

Ich möchte VORWÄRTS unterstützen und bitte um weitere Informationen ○

Name .....

.....

Anschrift .....

Ich möchte

VORWÄRTS abonnieren
5 Ausgaben zu 50,- ÖS ○
10 Ausgaben zu 100,- ÖS ○
ein VORWÄRTS-Förderabo zu ÖS ... beziehen (ab 50,- ÖS) ○

Einsenden an:
VORWÄRTS c/o Andrea Koch, Weldeng. 26/1/7, 1100 Wien